

Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

Versprechen der Bundesministerin für Bildung und Forschung einhalten – Zukunft der DDR-Forschung sicherstellen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Auf Nachfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Bettina Stark-Watzinger, am 20. September 2023 im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages wie folgt zur Zukunft der Projektförderung des Bundes im Bereich der DDR-Forschung geäußert (www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw38-pa-bildung-52-sitzung-964868):

„Ich halte die sozial- und geisteswissenschaftliche Forschung, darunter fällt die DDR-Forschung, für immens wichtig. Und deswegen haben wir auch gesagt, da ist – bei allem Druck, den wir haben auch zu konsolidieren – die Hand drauf, dass Dinge weitergeführt werden können. Was wir in 2026 ausschreiben, das ist zwar klar mit einem Vorlauf, aber in Planung. Also insofern ist es mitnichten der Fall, dass es abbricht, sondern die Planungen laufen, um dann entsprechend auch Förderlinien möglich machen zu können.“

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt das klare Bekenntnis der Bundesforschungsministerin Stark-Watzinger zur Fortführung des Engagements des Bundes bei der Förderung der DDR-Forschung. Wissenschaft und Forschung haben große Bedeutungen für unsere Gesellschaft, denn sie ermöglichen Innovation und Fortschritt. Zugleich tragen sie dazu bei, unsere Bürgerinnen und Bürger als kritische und fragestellende Menschen voranzubringen, die sich für tragende Werte wie Freiheit und Demokratie einsetzen. Gerade im Wissenschaftsjahr 2024, das sich dem Thema Freiheit widmet, muss der DDR-Forschung und ihrer entsprechenden Wissenschaftskommunikation ein besonderer Schwerpunkt gelten.

Entsprechend muss die vollumfängliche Aufarbeitung der SED-Diktatur durch Wissenschaft und Forschung weitergehen. Die DDR war ein Unrechtsstaat. Die SED hat alle staatlichen Organe genutzt, um ihre Macht durchzusetzen. Sie hat Menschen gebrochen und Lebensträume zerstört. Auch 34 Jahre nach der friedlichen Revolution stehen wir bundesweit, aber auch in den einzelnen Bundesländern, noch am Anfang der Aufarbeitung der DDR-Geschichte. Viele Menschen haben weiterhin Fragen und Zweifel, denen mit Antworten, Fakten und Einschätzungen aus Wissenschaft und Forschung begegnet werden muss.

Die im Jahr 2018 aufgesetzte „Richtlinie zur Förderung von Forschungsvorhaben auf dem Gebiet der DDR-Forschung im Rahmenprogramm Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften“ wird im Jahr 2025 auslaufen. Die vielen herausragenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler brauchen frühestmöglich Planungssicherheit, wie die von der Bundesforschungsministerin versprochenen Förderlinien konzipiert sind und wann die Antragstellung zur Folgeförderung beginnen kann. Aus Sicht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion muss die Projektförderung des Bundes im Bereich der DDR-Forschung nahtlos fortgeführt werden. Der Übergang der Förderlinien sollte entsprechend fließend ausgestaltet sein. Hierfür bedarf es eines zeitlichen Vorlaufes für die Einreichung von Förderanträgen, um rechtzeitig bewilligen zu können. Die angekündigten Förderlinien der Bundesforschungsministerin sollten entsprechend Mitte 2025 veröffentlicht werden. Handwerkliche Defizite im Regierungshandeln dürfen nicht erneut zu Förderlücken und damit zur Abwanderung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in andere Forschungsfelder führen.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel auf,
 1. die Voraussetzungen für die von der Bundesforschungsministerin Stark-Watzinger versprochenen Förderlinien zur DDR-Forschung zu schaffen und die Förderung so aufzusetzen, dass nach Auslaufen der aktuellen Förderrichtlinie „Richtlinie zur Förderung von Forschungsvorhaben auf dem Gebiet der DDR-Forschung im Rahmenprogramm Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften“ keine Förderlücke entsteht;
 2. alle relevanten Akteure im Bereich der DDR-Forschung frühzeitig in die Erarbeitung der versprochenen Förderlinien einzubinden;
 3. den Deutschen Bundestag detailliert über den Zeitplan des Arbeitsprozesses zu unterrichten und im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages regelmäßig über den fortlaufenden Stand der Arbeiten zu berichten;
 4. die Wissenschaftskommunikation im Bereich der DDR-Forschung zu stärken und die gesamtgesellschaftliche Bedeutung von DDR-Forschung herauszustellen.

Berlin, den 16. Januar 2024

Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion